



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

Aufruf zur Solidarität mit bedrängten und verfolgten Christen weltweit

Viele unserer Schwestern und Brüder sind in schwerer Bedrängnis, derzeit insbesondere im Nahen Osten. Mit ihnen sind wir in Solidarität verbunden.

Wir sind zutiefst erschüttert über den Terror und die beispiellose Brutalität, mit der extremistische Gruppen, wie der Islamische Staat und seine Anhänger, in vielen Teilen Syriens und im Irak oder Boko-Haram in der subsaharischen Region/Nigeria Christen und andere religiöse Minderheiten verfolgen, vertreiben und ermorden. Eine jahrtausendalte christlich-arabische Kultur wird gegenwärtig im Nahen Osten ausgelöscht. Wir vergessen jedoch auch nicht all die wegen ihrer Religion Ausgegrenzten und Angefeindeten in anderen Ländern wie bspw. in Pakistan, Indonesien oder in Vietnam, die heute nicht im Fokus der Weltöffentlichkeit stehen.

Weltweit wird das unveräußerliche Menschenrecht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit verletzt und mit Füßen getreten. Seit Jahren ist eine eindeutige Zunahme der Diskriminierung, der Bedrohung, der sexualisierten Gewalt bis hin zur Tötung von Menschen aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit festzustellen. Christen sind weltweit am stärksten betroffen.

Als Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken versichern wir allen unseren Brüdern und Schwestern, die unter Bedrängnis und Verfolgung leiden, unsere Solidarität. Eure Not lässt uns nicht gleichgültig! Euer Leid ist auch unser Leid! Wir beten mit euch für Frieden und Versöhnung!

Wir rufen alle Menschen guten Willens auf, verfolgten und bedrängten Menschen unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit, Hilfe zu leisten und alles in ihrer Macht stehende zu tun, um der Gewalt Einhalt zu gebieten.

Für die Flüchtlinge ist rasche humanitäre Hilfe in noch viel stärkerem Umfang dringend nötig. Wir danken für die bisherige große Spendenbereitschaft auch im Rahmen der Sonderkollekte der Diözesen für die Versorgung der Flüchtlinge vor Ort und rufen zu weiterer Unterstützung auf. Die Menschen, die in Deutschland Schutz suchen, sollen sich willkommen fühlen und nach unsäglichem Leid wieder ein menschenwürdiges Leben führen können. Dazu bedarf es auch unseres Engagements und unserer Hilfe!

Beschlossen von der Vollversammlung am 21. November 2014